

Liebe Bildungsinteressierte,

in Baden-Württemberg hat sich einiges geändert: seit der Landtagswahl im März haben wir eine **neue Regierung**, die unseren Bildungs- und Schulvorstellungen viel aufgeschlossener gegenübersteht als die bisherige. Deshalb hoffen wir, dass sich die entsprechenden Gespräche ab sofort viel angenehmer und gewinnbringender für alle Seiten darstellen werden. Unser erstes **Gespräch mit der neuen Kultusministerin** Gabriele Warminski-Leitheußer findet am Montag, 11. Juli 2011, statt, und wir werden die Ergebnisse daraus unseren Mitgliedern berichten. Auch bei SCHULE MIT ZUKUNFT hat sich etwas geändert: wir haben **seit Februar einen neuen Vorstand**, der hoffentlich ebenso erfolgreich zusammenarbeiten wird wie der bisherige. Da wir alle mit unserer knappen Freizeit haushalten müssen und sich aufgrund der neuen Regierung die Brisanz und Vielfalt der Themen vermutlich nicht mehr so darstellen wird, haben wir beschlossen, den **NEWSLETTER** nicht mehr monatlich zu verschicken, sondern in unregelmäßiger Folge – je **nach Bedarf**.

## Wichtige Bildungsnews

Bei einer **Bürgerbefragung zum Thema Bildung** hat sich eine große Mehrheit für tiefgreifende Veränderungen im deutschen Bildungswesen ausgesprochen. Sie sehen im Bereich Schule den größten Reformbedarf.  $\frac{3}{4}$  der Befragten sind sogar bereit, für ein besseres Bildungssystem höhere Steuern zu zahlen. Fast  $\frac{1}{2}$  Million Menschen beteiligte sich an der Online-Umfrage der Bertelsmann-Stiftung. Sie sprechen sich für einen verbindlichen Kita-Besuch, gemeinsames Lernen mindestens bis zur 6. Klasse und für eine Garantie auf einen Arbeitsplatz aus. Rund 70% sehen einen zusätzlichen Investitionsbedarf im Bereich Schule, und auf dem 2. Platz der Prioritätenliste stehen zusätzliche Investitionen im Bereich frühkindliche Bildung.

<http://www.teachersnews.net/artikel/nachrichten/bildungspolitik/021157.php>

Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle lehnt mit deutlichen Worten den Vorschlag von Schulministerin Löhrmann aus Nordrhein-Westfalen ab, das **Kooperationsverbot von Bund und Ländern aufzuheben**: „Es ist wichtig und richtig, dass wir die Gestaltungskompetenz für Bildungspolitik in den Ländern haben, weil die Entscheidungsgremien der Länder näher bei den

Menschen sind.“ Bemerkenswert sei außerdem, dass Ministerin Löhrmann auf der einen Seite eine gesamtstaatliche Bildungsplanung fordere, auf der anderen Seite aber durch die Einführung von Einheits- und sonstigen Schulformen in der Verantwortung der Kommunen ein Wirrwarr der Schulformen in ihrem eigenen Land gezielt fördere. Die Verantwortung für eine gemeinsame Bildungspolitik in Deutschland liegt bei der Kultusministerkonferenz, die auch am Beispiel der Bildungsstandards, der Ländervergleiche und des nationalen Bildungsberichts bewiesen hat, dass sie vergleichbare Lernbedingungen in Deutschland anstrebt.

<http://www.teachersnews.net/artikel/nachrichten/bildungspolitik/021293.php>

Der neue **Bildungsbericht der EU-Kommission bescheinigt dem schulischen Bildungssystem in Deutschland weiterhin Mittelmaß**. Umfragen ergeben eine hohe Unzufriedenheit bei Schülern, Lehrern und Eltern. Untersucht man, was deutsche Schülerinnen und Schüler etwa 5 Jahre nach Schulende an erlerntem Wissen und Können noch präsent haben, so ist das Ergebnis niederschmetternd. Es scheint, als sei die deutsche Schule eine Einrichtung mit einem sehr geringen Wirkungsgrad. Die Gründe hierfür sind freilich vielfältig. Einer der Gründe ist, dass über die zentrale Frage „Was soll Schule?“ kein öffentlicher Konsens besteht. Der zweite Grund ist eine höchst unzulängliche Lehrerausbildung. Nahezu alle Lehrerinnen und Lehrer, die in den vergangenen Jahren dazu befragt wurden, berichteten, sie hätten an den Hochschulen nichts oder kaum etwas von dem gehört oder gelernt, was sie später für ihre Tätigkeit benötigen. Erforderlich ist eine universitäre Ausbildung, in der die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer mit dem nötigen Wissen über die kognitiven und emotional-motivationalen Bedingungen des Lehrens und Lernens und gleichzeitig über Persönlichkeits- und Entwicklungspsychologie und ihre neurobiologischen Grundlagen ausgestattet werden.

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/andere-meinung/wie-lernen-gelingen-kann/4203188.html>

Wieder einmal **Ärger mit G8 in Bayern**. Das bayerische Kultusministerium erteilte den Direktoren der Gymnasien die **Weisung, man möge die Arbeiten zum schriftlichen Abitur noch einmal – und zwar sehr wohlwollend – prüfen**. Hinweis in der Süddeutschen Zeitung:

„Nur am Rande aber wurde bemerkt, dass die plötzliche und späte Änderung der Kriterien für das Abitur ein bizarres Licht auf eine der wichtigsten Prüfungen wirft, die man im Leben zu bestehen hat (oder auch nicht): Denn wenn sich die Maßstäbe für ein Abitur so leicht per ministerialem Dekret (und per verordnetem "Wohllwollen") verschieben lassen, kann es in dieser Prüfung allenfalls an untergeordneter Stelle darum gehen, was die Schüler tatsächlich wissen und können.“

<http://www.km.bayern.de/pressemitteilung/7769/nr-112-vom-03-06-2011.html>

## **Bildungsverbände fordern Einhaltung des 10-Prozent-Ziels.**

Vor der Kultusministerkonferenz (KMK) am 9./10. Juni in Hannover forderte eine Initiative aus acht Bildungsverbänden und -gewerkschaften mit Nachdruck die Einhaltung des 2008 auf dem Dresdner Bildungsgipfel ausgegebenen 10-Prozent-Ziels. Danach sollen bundesweit die Aufwendungen für Bildung und Forschung bis 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gesteigert werden. Die an der Initiative beteiligten Eltern-, Lehrer- und Bildungswirtschaftsverbände appellierten an die KMK, sich nachdrücklicher für die Verwirklichung des 10-Prozent-Ziels einzusetzen. „Bildung ist Deutschlands wichtigste Ressource. Die Länder stehen in der Pflicht, ihre föderale Verantwortung mehr als bisher für ein attraktives öffentliches Bildungswesen auszufüllen. Das Einrechnen von Lehrerpensionen oder Raumkosten ist ein durchschaubarer Rechenrick, das Zehn-Prozent-Ziel zu verwässern. Wer die notwendigen Reformen im Bildungssystem angehen will, muss die Einnahmeseite des Staates stärken und zusätzlich finanzielle Mittel freimachen. Im Gegensatz dazu stehen aber die Kürzungen in den Bildungsbudgets vieler Länder.

<http://www.teachersnews.net/artikel/nachrichten/bildungspolitik/021799.php>

Seit Jahren **fordert Rudolf Bosch aus Ravensburg die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems.** Jetzt könnte ausgerechnet in seiner Heimatstadt die erste Gemeinschaftsschule Baden-Württembergs entstehen. Der Regierungswechsel macht's möglich.

Seine Hauptforderungen:

- volle Inklusion (keine Selektion)
  - keine Noten bis Schuljahr 6
  - Individualisierung des Lernens
  - wenn möglich immer zwei Lehrer pro Klasse
- Der Hauptschulrektor, von den Medien als "Hauptschul-Rebell" bezeichnet, spricht in einem Interview von seiner Vorstellung von einer Schule für alle:

<http://www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/3517136?documentId=7405440>

## **Termine**

9./10.7.2011: Stuttgart, Schlossplatz: **Kinder- und Jugendfestival** mit vielen Vereinen und Organisationen, jeweils von 11-18 Uhr.

11.7.2011: **Gespräch** von SCHULE MIT ZUKUNFT mit der neuen Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer.

16.7.2011: **Vereinsfest von SCHULE MIT ZUKUNFT** in Ravensburg ab 13 Uhr. Mit einem Vortrag von Rudi Bosch über die geplante Modellschule in Ravensburg.

28.-30.11.2011: Evangelische Akademie Bad Boll: **Der Intelligenz auf der Spur. Kriterien für Messung und Diagnostik von Intelligenz und Schulleistung.**

Herzliche Grüße von  
Ihrem Team SCHULE MIT ZUKUNFT  
Katharina Georgi-Hellriegel,  
[katrin.georgi@web.de](mailto:katrin.georgi@web.de)  
Marlen Pankonin, [mpanonin@arcor.de](mailto:mpanonin@arcor.de)

*Bitte leiten Sie diesen Newsletter an Interessierte weiter.*

*Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie uns bitte eine E-Mail, dann nehmen wir Sie aus dem Verteiler*